



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

┌ Geschäftszahl 14.064/11-I/1/85 ┐

An das
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n
Parlament

└ Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Datenschutzgesetz geändert
wird (2. Datenschutzgesetz-
Novelle 1985);
Begutachtungsverfahren ┘

18/SN-140/ME

1011 Wien, Stubenring 1

Telefon 0222/7500

Name des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Österreicher

Klappe 533] Durchwahl

Fernschreib-Nr. 111145, 111780

Bitte in der Antwort die

Geschäftszahl dieses

Schreibens anführen.

ENTWURF	
2P	GE/1985
Datum: 24. MAI 1985	
Verteilt: 24.5.85 SuW6	

Dr. Österreicher

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsgesetzes, BGBl.Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Datenschutzgesetz geändert wird (2. Datenschutzgesetz-Novelle 1985) zu übermitteln.

Wien, am 15. Mai 1985

Für den Bundesminister:

Dr. Schwarz

25 Beilage u

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Teyer



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

1011 Wien, Stubenring 1
Telefon 0222/7500
Name des Sachbearbeiters:

Koär.Dr.Östernreicher
Klappe 5331 Durchwahl
Fernschreib-Nr. 111145, 111780

┌ Geschäftszahl 14.064/11-I/1/85 ┐

An das
Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst

Ballhausplatz 2
1014 W i e n

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

23. Mai 1985

└

└

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Datenschutzgesetz geändert
wird (2. Datenschutzgesetz-Novelle
1985);
Begutachtungsverfahren

Zu dem mit Schreiben vom 30.3.1985, Zl. 810 018/4-V/1a/85,
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Daten-
schutzgesetz geändert wird (2. Datenschutzgesetz-Novelle 1985),
beehrt sich das ho. Ressort folgendes mitzuteilen:

A. Da der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit im in-
dustriell-gewerblichen Bereich für die Innovationsfähigkeit der
Unternehmen und damit für die wirtschaftliche Entwicklung über-
haupt eine besondere Bedeutung zukommt, sollten Bestimmungen,
die die freie Ausübung dieser Tätigkeit beeinträchtigen, auf
das unumgänglich notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Unter
diesem Gesichtspunkt sollten insbesondere folgende Regelungen
nochmals überprüft werden:

1. Die Bestimmungen über die Ermittlung der Daten bei
Dritten (Art. I Z 1, neuer § 51c des Entwurfes) werden sich
vor allem auf die in den Erläuterungen auf Seite 4 mit dem
Stichwort "Archivsperr" gekennzeichnete Situation bei der
Erforschung von Archivmaterial auswirken. Wenn der Betroffene
seine Zustimmung nicht erteilt, muß der Forscher, wenn auf
ihn nicht § 51c Abs. 1 Z 2 zweiter Satz zutrifft, zuwarten,
bis 60 Jahre seit dem untersuchten Ereignis vergangen sind,
um in Materialien Einsicht nehmen zu können. Wenn man aner-
kennt, daß einer der Zwecke der historischen Forschung das
Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit sein soll, wird

man die mit 60 Jahren festgelegte Zeitspanne als zu lang erachten müssen. Diese Frist verkürzt sich zwar auf 30 Jahre, wenn der für die Untersuchung Verantwortliche die notwendige fachliche Eignung aufweist und kein Grund zur Annahme besteht, er werde die Datenschutzbestimmungen nicht einhalten (§ 51c Abs. 1 Z 2 des Entwurfes); doch gerade der professionelle Forscher wird auch noch - im Falle der Verweigerung der Zustimmung durch den Betroffenen - von einem 30-jährigen Ermittlungsverbot in seiner Tätigkeit in erheblichem Maß eingeschränkt werden.

Wenn die Zustimmung des Betroffenen nicht vorliegt und die Daten auch auf Grund von § 51 Abs. 1 Z 2 des Entwurfes nicht erlangt werden können, hat der Ermittlungswerber die Möglichkeit, eine bescheidmäßige Feststellung der Datenschutzkommission über die Zulässigkeit der Ermittlung zu erhalten, wenn ua. feststeht, daß die Daten für die Untersuchung notwendig sind (§ 51c Abs. 2 Z 1 des Entwurfes). Dies ermöglicht es der Behörde geradezu, in die Entscheidung über die wissenschaftlichen Methoden einzugreifen. Die Erläuterungen wollen zwar auf Seite 5 eine solche Interpretation ausschließen, doch wird wohl die Formulierung "zur Untersuchung notwendig" nur im Sinne einer erkenntnistheoretischen oder methodischen "Notwendigkeit" zu verstehen sein.

2. Die neue Bestimmung des § 51 d Abs. 2 in Art. I Z 1 des Entwurfes könnte einen hemmenden Einfluß auf den Gang des Informationsaustausches zwischen den Wissenschaftlern haben. Die Notwendigkeit einer rigorosen Überprüfung von Daten in der wissenschaftlichen Forschung wird gerade weitere Untersuchungen, in denen die einmal erhobenen Daten verwendet werden, nach sich ziehen. Wenn der Betroffene die Verwendung seiner Daten für die neue Untersuchung ausschließt, wäre der Kommunikationsfluß in der Wissenschaft unterbrochen.

B. Im übrigen wird zu dem Entwurf bemerkt:

Zu Art. I Z 1 - zum 7. Abschnitt:

Es fehlt eine Regelung für den Fall, daß Daten beim Betroffenen selbst zunächst für andere als wissenschaftliche Zwecke ermittelt und später vom selben Auftraggeber für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden, ein Sachverhalt der gemäß Art. I Z 1 (§ 3 Z 7) des Entwurfes einer ersten Datenschutzgesetz-Novelle 1985, in die die Bestimmungen des vorgelegten Entwurfes nach den

Aussagen im do. Aussendungsschreiben eingliedert werden sollen, den Tatbestand der Übermittlung darstellen würde. Diese Problematik zeigt sich besonders, wenn etwa Daten im Rahmen einer medizinischen Diagnoseerstellung für diagnostische Zwecke ermittelt werden (müssen), später aber für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.

Zu Art. I Z 1 - § 51 b:

Diese Bestimmung des Entwurfes normiert eine Informationspflicht des Wissenschafters gegenüber dem Betroffenen und nicht das Erfordernis der Zustimmung und das Recht des Widerrufs der Zustimmung durch den Betroffenen, wie dies die Erläuterungen auf Seite 4 vorgeben.

Zu Art. I Z 1 - § 51 c:

Es ist unklar, warum im Abs. 2 Z 3 dieser Bestimmung ausschließlich auf die Verlässlichkeit des für die Untersuchung Verantwortlichen abgestellt wird, während nach Abs. 1 Z 2 in dem Fall, in dem der Verantwortliche nicht zugleich der Auftraggeber der Untersuchung ist, die Verlässlichkeit auch bei letzterem vorliegen muß.

Zu Art. I Z 1 - § 51 d:

Im Abs. 2 ist unklar, ob mit dem Verweis auf § 51c Abs. 2 nur die dort genannten materiellen Erfordernisse oder auch das Formalerfordernis eines Feststellungsbescheides der Datenschutzkommission gemeint sind. Dies sollte zumindest in den Erläuterungen klargestellt werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Wien, am 15. Mai 1985

Für den Bundesminister:

Dr. Schwarz

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

